

Hochschulfinanzierung

NRW profitiert beim IW-Modell

Um den drohenden Studienplatzabbau im Osten zu verhindern und es den Bundesländern schmackhaft zu machen, wieder mehr in den akademischen Nachwuchs zu investieren, schlägt das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) einen Gutscheintopf vor, in den Bund und Länder einzahlen. Das Geld aus dieser zentralen Quelle geht als Studiengutscheine an Studenten. Diese reichen die Gutscheine an der Hochschule ihrer Wahl ein. Die Hochschule wiederum refinanziert sich durch die Einlösung der Gutscheine. Der Gutscheintopf sollte mit etwa 5 Milliarden Euro gefüllt sein, die die Länder beisteuern. Außerdem sollten zur Stärkung der Nachfrager weitere 5 Milliarden Euro aus Studiengebühren in die Kassen der Hochschulen fließen.

Bei dem vom IW anvisierten Modell geht es darum, dass diejenigen Länder verstärkt zur Kasse gebeten werden, die am meisten von der Ausbildung profitieren. Denn jeder Absolvent trägt mit seiner Arbeitsleistung zur Wirtschaftskraft dort bei und zahlt meist überdurchschnittlich viel Steuern. Die teure Ausbildung allerdings schultern andere. Nutznießer einer solchen Lösung wäre dementsprechend z.B. NRW. Dort leben lediglich 21 Prozent der Akademiker, die einer Beschäftigung nachgehen können. Das Bundesland zwischen Rhein und Ruhr bietet jedoch 23,8 Prozent der Studienplätze an und exportiert damit kluge Köpfe – etwa nach Bayern. Im Freistaat sind immerhin 14,3 Prozent der erwerbsfähigen Akademiker zu Hause; der Anteil der Studenten in Bayern an allen Hochschülern ist mit 12,7 Prozent indes vergleichsweise gering.

Christiane Konegen-Grenier/Axel Plünnecke/Michael Tröger: Nachfrageorientierte Hochschulfinanzierung – Gutscheine sorgen für Effizienz, IW Analysen 29/2007

Gesprächspartner im IW: **Christiane Konegen-Grenier, Telefon: 0221 4981-721 und Axel Plünnecke, Telefon: 0221 4981-701**

Hochschulfinanzierung

Weg zu besserem Angebot

Fachkräftemangel, hohe Abbrecherquoten und zu wenige Studienplätze – es ist einiges faul in der deutschen Bildungslandschaft. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat daher ein alternatives Finanzierungsmodell für die Hochschulausgaben entwickelt: Die Bundesländer zahlen in einen Gutscheintopf ein, der die Studenten als Nachfrager stärkt und die Länder finanziell entschädigt, die relativ viele Studienplätze anbieten.*)

Es sieht nicht gut aus für die deutsche Hochschullehre, wenn man die vergangenen Jahre betrachtet: Zu volle Hörsäle, zu lange Studienzeiten, zu wenig Geld. Aber keiner will so recht in die Bresche springen, wenn es um die Ausbildung der Studenten geht. Der gegenwärtige Fachkräftemangel macht es jedoch deutlich spürbar – Deutschland bringt zu wenige Akademiker hervor. Allein 48.000 Ingenieurstellen konnten 2006 nicht besetzt werden. Und seit Jahren bemängelt der Wissenschaftsrat, dass rund 200.000 Studienplätze fehlen.

Ganz offensichtlich gibt es aber zu wenige Anreize, zusätzliche Angebote für die Studiosi zu schaffen. Stattdessen bekommen immer mehr junge Leute einfach keinen Zutritt zu den Hörsälen:

Mittlerweile haben 57 Prozent aller Studiengänge einen örtlichen Numerus clausus.

Selbst die neuen Studiengebühren in vielen Bundesländern sind kein Ausweg aus dem Angebotsmangel. Die Hochschulen dürfen mit diesem Geld gegenwärtig nur ihren Status quo verbessern, nicht aber mehr Kapazitäten schaffen, wie beispielsweise neue Studiengänge.

Erschwerend kommt noch hinzu, dass die Studenten zu lange für Magister, Bachelor & Co. brauchen und damit die schmalen Hochschulhaushalte ordentlich strapazieren:

Die durchschnittliche Studienzzeit liegt gegenwärtig an Fachhochschulen um fast zwei Semester und an Universitäten rund drei Semester über der Regelstudienzzeit.

Diese Langsamkeit macht die deutsche Hochschulausbildung zu einer der weltweit teuersten. Zusätzlich dazu verschlingen die hohen Abbrecherquoten

noch mehr Ressourcen der Unis und Fachhochschulen.

Und damit nicht genug. Auch die Demografie macht den Akademikerschmieden zu schaffen. In Ostdeutschland gibt es immer weniger Abiturienten, in Westdeutschland dagegen immer mehr junge Leute, die studieren wollen.

Während also zwischen Nordsee und Allgäu bis 2014 rund 200.000 zusätzliche Studienplätze nötig sein werden, sitzen in den Vorlesungen zwischen Rostock und Zwickau dann nur noch halb so viele Studenten wie heute.

Es sind somit Anreize gefragt, die den drohenden Studienplatzabbau im Osten verhindern und die es den Bundesländern schmackhaft machen, wieder mehr in den akademischen Nachwuchs zu investieren. Ein länderübergreifendes Finanzierungsmodell könnte Abhilfe schaffen. Dazu schlägt das IW einen Gutscheintopf vor, in den Bund und Länder einzahlen (vgl. iwD 49/2006). Das Geld aus dieser zentralen Quelle geht als Studiengutscheine an die Studenten. Diese lösen die Gutscheine bei der Hochschule ihrer Wahl ein, die sich wiederum entsprechend der Zahl der erhaltenen Gutscheine aus dem Topf refinanziert.

Der Gutscheintopf sollte mit etwa 5 Milliarden Euro gefüllt sein, die die Länder beisteuern. Außerdem müssten weitere 5 Milliarden Euro aus den Studiengebühren in die Kassen der Hochschulen fließen. Diese 10 Milliarden Euro geben den Studenten als Nachfrager mehr Gewicht und stärken die Anreize: Bummelanten würden schneller ihren Abschluss machen, die Studenten

*) Christiane Konegen-Grenier/Axel Plünnecke/Michael Tröger: Nachfrageorientierte Hochschulfinanzierung – Gutscheine sorgen für Effizienz, IW Analysen 29, Köln 2007, 95 Seiten, 18,80 Euro, Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter www.divkoeeln.de

haben mehr Einfluss auf das Angebot der Hochschulen. Außerdem würden sie auch über die Grenzen ihres Heimatlandes hinaus zu umworbenen Personen. Schließlich bringen Gutscheine plus Studiengebühr einem aufnehmenden Bundesland zusammen mit rund 2.000 Euro aus dem Länderfinanzausgleich für die gesamte Studienzeit die komplette Erstattung der Ausbildungskosten und die Chance, den späteren Akademiker als Steuerzahler zu gewinnen.

Bleibt zu klären, wie die Bundesländer den Gutscheintopf füllen sollten. Grundsätzlich sind zwei Ansätze denkbar:

- **Ursprungslandprinzip.** Beim Ursprungslandprinzip steigt und fällt der Beitrag der Länder mit dem Anteil, den die Studienberechtigten des Bundeslandes an allen Studenten in der Republik ausmachen. Ein Land wird somit selbst relativ stark für die Ausbildung seiner Landeskinder zur Kasse gebeten. Zum Beispiel Nordrhein-Westfalen (Grafik):

Gut 23 Prozent der Erstsemester Deutschlands kommen aus NRW. Daher müsste das Land auch knapp jeden vierten Euro in den Gutscheintopf einzahlen, aus dem dann die Hochschulen die Mittel bekommen.

Allerdings sind fast 24 Prozent der deutschen Studenten an Unis wie Köln und Essen. NRW bietet daher bezogen auf die Zahl seiner studierfähigen Landeskinder leicht überdurchschnittlich viele Studienplätze an.

Ähnlich sieht die Lage in Bayern aus – im Freistaat gibt es rund 13 Prozent aller Plätze an Hochschulen in Deutschland. Demgegenüber steht auch in etwa ein genauso großer Anteil an Pennälern, die in Bayern ihre Hochschulreife erworben haben. Anders in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen: Hier gibt es eine Schiefelage zwischen den vielen studierfähigen Landeskindern und den geringen Studentenzahlen. Würde man den Finanzierungsschlüssel nach der Zahl der Landeskinder konzipieren, müssten diese Länder folglich im Moment zusätzlich einzahlen.

Problematisch am Ursprungslandprinzip ist vor allem, dass die Bundesländer finanziell dafür bestraft würden, wenn sie vielen ihrer Jugendlichen den Weg an eine Hochschule eröffnen – sie müssten

Hochschulfinanzierung: Die Schlüssel-Frage

So viel Prozent der Hochschulausgaben müssen die Länder bezahlen, wenn sich die Finanzierung nach diesem Prinzip richtet



Ziellandprinzip: 2003; Ursprungslandprinzip: Wintersemester 2004/2005; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 25/2007 Deutscher Institut-Verlag

dann mehr in den Gutscheintopf zahlen. Länder mit einer sehr hohen Hürde vor dem Studium könnten sich aus der Bildungsverantwortung ziehen, egal, ob sie später von zugezogenen Akademikern profitieren oder nicht.

- **Ziellandprinzip.** Hierbei werden Länder verstärkt zur Kasse gebeten, in denen mehr Akademiker wohnen, als ausgebildet wurden. Der Hintergedanke: Das Studium war teuer, der Absolvent hingegen trägt mit seiner Arbeitsleistung zur Wirtschaftskraft bei und zahlt meist überdurchschnittlich viel an den Fiskus.

Vergleicht man wieder Bayern und NRW werden die Unterschiede größer:

Im Freistaat sind 14,3 Prozent der erwerbsfähigen Akademiker zu Hause; damit ist der Anteil der Studenten in Bayern mit 12,7 Prozent an allen Hochschülern vergleichsweise gering.

Bayern bildet folglich zu wenig akademischen Nachwuchs aus. In NRW

hingegen leben fast 21 Prozent der Akademiker, die einer Beschäftigung nachgehen können. Das Bundesland an Rhein und Ruhr bietet 23,8 Prozent der Studienplätze an und versorgt damit die Bundesrepublik vergleichsweise stark mit schlauem Nachwuchs. Und sogar Sachsen-Anhalt sowie Mecklenburg-Vorpommern gehören zu den Ländern, die so gesehen überproportional viele Studenten an den heimischen Hochschulen ausbilden. Ein Grund liegt darin, dass viele Akademiker in der Vergangenheit nach dem Studium in westdeutsche Bundesländer abgewandert sind.

Aus ökonomischer Sicht ist das Ziellandprinzip dem Ursprungslandprinzip klar vorzuziehen – denn es wirkt ausgleichend zwischen dem Ertrag, den die Länder durch Wertschöpfung und Steuern der Akademiker gewinnen, und den Investitionen, die sie in die teure Ausbildung stecken müssen.